

## Jugoslawien

# EIN MODELLSTAAT UND SEIN BANKROTT

5 Jugoslawien als führende Nation in der Bewegung der Blockfreien - es hat Zeiten gegeben, in denen Treffen von Tito und Nehru Aufsehen erregten, in denen der Schein einer echten Alternative zu den Blöcken weltpolitische Beachtung gefunden hat. Das ist heute gründlich in Vergessenheit geraten. Die Differenz mindestens zu einem Block war offensichtlich so grundsätzlich nicht gemeint; die Anhänger dieser Bewegung haben gelernt oder lernen müssen, daß die eigene Souveränität und Geltung in der Weltpolitik ihre wichtigste Grundlage in guten Beziehungen zu 10 den imperialistischen Führungsnationen hat. Darunter hat auch die Rolle Jugoslawiens als Vorkämpfer dieser Bewegung einigermaßen gelitten.

Jugoslawien - das Modell eines sogenannten "Dritten Weges". Auch so galt dieser Staat einmal als höchst interessant: nicht kapitalistisch, aber auch kein Staatssozialismus a la Ostblock, vielmehr arbeiterselbstverwaltet, nicht-stalinistisch, nicht-dogmatisch, nicht-totalitär, lauter 15 basisdemokratische Ideale konnte da entdecken, wer wollte.

Es hat Zeiten gegeben, in denen fortschrittliche Menschen und Philosophen, denen der Ostblock in seiner Unfreiheit ein Greuel war, zur Sommerzeit gerne auf jugoslawische Staatskosten auf jugoslawischen Inseln über Theorie und Praxis philosophierten. An Gewerkschaftsinstituten und einigen Universitäten erfreute sich das Modell des "Dritten Weges" großer Beliebtheit bei theoretischen Systembasteleien. Auch das ist ziemlich in Vergessenheit geraten und den ehemaligen 20 Sympathisanten heute wahrscheinlich eher peinlich.

Auch in Jugoslawien selbst ist von Stolz auf das eigene System und dessen Vorbildcharakter kaum noch etwas zu hören. Bei Festakten wird zwar zäh daran festgehalten, daß sich die beiden Blöcke letztlich auf einen Selbstverwaltungssozialismus als Haupttendenz der Welt zubewegen; das 25 normale Staatsleben dreht sich aber nurmehr um Krisen- und Notstandsfragen.

Die Schuldenbewältigung steht an erster Stelle; statt auf die Blockfreiheit aufzupassen, sind immerzu Verhandlungen mit dem IWF und Bittgänge zu den imperialistischen Gläubignationen fällig. Nach innen herrscht allgemein die Auffassung, daß der jugoslawische Sozialismus "mehr Marktwirtschaft" braucht - in Verbindung mit den Errungenschaften der Arbeiterselbstverwaltung 30 natürlich, aber doch auch - mehr oder weniger offen - wegen der Auflagen des IWF. Daß die *Abhängigkeit* vom Weltmarkt und dessen Mächten die jugoslawische Politik bestimmt, ist unübersehbar.

### ***Die Gründungsidee: Arbeiterselbstverwaltung nicht aus kommunistischen, sondern staatspraktischen Gründen***

35 Es ist kein Verrat an Prinzipien, der da stattgefunden hat. Das jugoslawische Modell war nie das Ergebnis eines politischen Streits über den richtigen Weg, den Kapitalismus zu überwinden, sondern das Produkt einer politischen Berechnung. Der nämlich, wie sich nach dem Streit mit der Sowjetunion und der Trennung vom Ostblock 1948 ein eigener Sozialismus in Jugoslawien

überhaupt halten können sollte. Die plötzliche Kritik der jugoslawischen Kommunisten an “Bürokratismus” und “Etatismus” des sowjetischen Modells, an das sie sich bis dahin ohne ideologische Kopfschmerzen gehalten hatten, war ihnen nicht beim Lesen der Klassiker gekommen. Mit dem ständigen Zitieren von Engels “Absterben des Staats” trägt sich vielmehr der Beschluß vor, sich in der als prekär empfundenen Lage keine *inneren Gegensätze* leisten zu wollen. Der jugoslawische Sozialismus sollte *deshalb* erst gar nicht in Gestalt eines ostblocküblichen Plans mit den entsprechenden Auflagen von oben gegen die Volksmassen daherkommen, sondern ohne ständiges Kommandieren in Gestalt von zahllosen Rechten und Pflichten der Arbeitskollektive “an der Basis” verankert werden.

Die Befürchtung, sich anders nicht halten zu können, rührte dabei nicht nur daher, daß Jugoslawien zwischen den beiden Blöcken ziemlich isoliert dastand. Auch das “bürgerliche Erbe”, das der Bund der Kommunisten Jugoslawiens (BKJ) übernommen hatte, gab ihm zu einigen Befürchtungen Anlaß: eine Zusammensetzung von Gebieten, die es in ihrer Vorgeschichte noch nie zu einem ordentlichen Nationalstaat gebracht hatten. Als Produkt der Beschlüsse der Siegermächte von Weltkrieg I und II vereinigte die Neugründung lauter Nationalitäten in sich, die auf Grund ihrer gutbürgerlichen Erziehung die herzlichsten Animositäten, vier verschiedene Sprachen plus ein paar Minderheiten, drei Religionen und, je nach der früheren politischen Zugehörigkeit, einen sehr unterschiedlichen ökonomischen Entwicklungsstand in den Staatsverband einbrachten. Gerade in der jüngsten Vergangenheit hatten sich die Mitglieder der neuen Nation noch als kroatische Faschisten, königstreue serbische Antifaschisten und kommunistische Partisanen niedergemetzelt. Kein Nationalismus also, an den man zwecks heroischer Aufbauleistungen hätte “anknüpfen” können wie einige Bruderparteien.

In der jugoslawischen Politik kombinieren sich der Unwille bzw. die Unfähigkeit der Ostblockkommunisten, Nationalismus zu kritisieren und durch den Aufbau eines Kommunismus gegenstandslos zu machen, mit dem Bewußtsein, über eine besonders problematische volksmäßige Grundlage zu regieren. Das Bedürfnis, keiner Nationalität auf die Füße zu treten, schlägt bei Tito soweit durch, daß er zugunsten der allgemeinen “Volksbefreiungsidee” den Verdacht auf Kommunismus glatt zur “Verleumdung” erklärt:

“Die Behauptung, unser Volksbefreiungskampf in Jugoslawien sei eine rein kommunistische Angelegenheit, Bolschewisierung des Landes, Versuch der Kommunisten, die Macht zu übernehmen, Aufhebung des Privateigentums, Vernichtung von Kirche und Glauben, Zerstörung der Kultur usw. usw. ... sind alte und abgedroschene Verleumdungen.”

Und bis heute gehört das Argument vom “Pulverfaß Balkan”, an das äußere Mächte die Lunte legen wollen, zum staatlichen Selbstbewußtsein Jugoslawiens, und die Nationalitäten sollen ausgerechnet mit so geschichtsschwangeren Erinnerungen an *ihr* Interesse am Zusammenhalten erinnert werden.

Das jugoslawische “Modell” ist das Produkt einer aus dieser Lage geborenen *Taktik*: Ein an die Basis delegierter Sozialismus sollte Gegensätze zwischen sozialistischer Staatsmacht und Volk erst gar nicht aufkommen lassen *und* durch die Konzession sehr weitreichender Rechte dem Nationalitätenstreit aus dem Weg gehen. Auf dem Land wurde die Kollektivierung gestoppt, so daß Jugoslawien bis heute über eine bemerkenswert unproduktive Parzellenwirtschaft verfügt.

Und für die Industrie wurde der "eigene Weg" erfunden. Wie wenig der aus einer Kritik an der Sowjetökonomie herrührt, ist daran zu sehen, daß er deren Grundfehler *teilt*: Das beste Mittel einer Organisation der Produktion, die eine allseitige Befriedigung der Bedürfnisse gestattet, soll ausgerechnet in der Produktion von Gewinn bestehen, in der Produktion von abstraktem

5 Reichtum. Die jugoslawische Variante der Hebelökonomie verzichtet allerdings auf eine staatliche Planungshoheit, die die Gewinne an sich zieht und nach ihren Gesichtspunkten auf die weitere Entwicklung der Produktion und andere Aufgaben verteilt. Sie delegiert vielmehr das realsozialistische Staatsprogramm an die Betriebe: Die sollen erstens nützliches Zeug produzieren, zweitens Gewinne und drittens ihre Gewinne auf zahlreiche Fonds verteilen.

10 Von der Entwicklung der Produktion, der Region bis zu den verschiedenen Kassen des realsozialistischen Sozialstaats, von der Finanzierung der Gemeinde und der Republik bis zur Föderation haben die jugoslawischen Betriebe lauter Zahlungsverpflichtungen zu erfüllen an ebensoviele "gesellschaftlich-politische Körperschaften", die wiederum mit Vertretern zwecks Selbstverwaltung zu bestücken sind. Die Berechnung und Grundluge des Selbstverwaltungs-

15 sozialismus setzt darauf, daß sich die Arbeitskollektive mit ihrer Arbeit als unmittelbar verantwortlich sehen für beispielsweise Wohnungs- und Straßenbau in ihrem jeweiligen Kaff, daß sie wegen ihrer Löhne an der Produktion und Steigerung des Gewinns interessiert sind, folglich auch an der Weiterentwicklung der Produktion. Sie sollen als Arbeiter *und* Nutznießer dermaßen mit sich identisch sein, daß sie gar nicht anders können, als hervorragend zu arbeiten und einen

20 Aufschwung der Produktion zustandezubringen.

Damit ist dann allerdings der Gegensatz von Staat und Volk überhaupt nicht aus der Welt geräumt, sondern hat nur eine eigentümliche Verlaufsform erhalten: Mit der Realisierung von staatlich fixierten oder kontrollierten Warenpreisen können sich die Betriebe gar nicht als die sprudelnde Geldquelle bewähren, die sämtliche Fonds überreichlich bedient. Die Höhe der Zuweisungen und die Prioritäten *sind* folglich staatlich reglementiert. Und statt daß sich der Arbeiter als

25 Warenproduzent und Konsument, *als* Kranker, Rentner und Kassenfinanzier, *als* Straßen- und Wohnungsbenutzer und Geldquelle seiner Gemeinde aufs harmonischste zuarbeitet, garantiert die Geldform, daß alle Zwecke dauerhaft miteinander *konkurrieren* und keiner reichlich bedient wird. Was sich "der Arbeiter" an Zahlungen für Renten oder Straßenbau leistet, *zieht* er "sich" am

30 "persönlichen Einkommen" *a b*: So *heißt* nämlich in diesem System der Gewinn, auch wenn ein Arbeiter persönlich nie in den Genuß dieses Einkommens gelangt, weil es auf die vielen Seiten seines staatlichen Wesens verteilt werden muß. Je nachdem, auf welche Seite seines Wesens "der Arbeiter" sich stellt, beschneidet er den Akkumulationsfond des Unternehmens, seinen Lohn oder seine Bedürfnisse z.B. als Krankenhausbenutzer. Erhöht er "seinen" Gewinn auf dem

35 naheliegenden Weg der Preiserhöhungen, zahlt er ihn als Konsument.

Auf der anderen Seite kommt unter diesen Rechnungsweisen eine zielstrebige Entwicklung der Produktionstechnik und Gebrauchswerte gar nicht erst zustande. Nicht einmal die, wie sie die "etatistische" Planwirtschaft sowjetischer Machart immerhin zuwegebringt: Da setzt sich die Planautorität auch einmal über die von ihr diktierten Gewinnrechnungen hinweg, wenn es auf bestimmte sachliche Notwendigkeiten ankommt wie die Erschließung von Rohstoffvorkommen oder Projekte zur Energieerzeugung. Für jugoslawische Betriebe ist so etwas von Haus aus

40

“unrentabel”, ob sich darum gekümmert wird, entscheidet sich daran, ob bei irgendeiner staatlichen Abteilung ein Geld dafür übrig ist.

5 Ebensowenig wie dieses “Modell” Gegensätze zwischen Staat und Volk vermeidet, hat es den Nationalitätenstreit behoben: Es hat ihm vielmehr überhaupt erst eine handfeste Grundlage verschafft. Die staatlichen Unterinstanzen, Gemeinden, Republiken und autonomen Regionen, finanzieren sich direkt aus “ihren” Betrieben, führen sich daher als deren Patrone auf und streiten aufs erbittertste mit der Bundesregierung bzw. untereinander um Abführungen an die Bundesregierung bzw. um Zuschüsse, Sonderkonditionen, Gesetzesänderungen usf. Unter Tito, in der Verfassungsreform von 1971 und 1974, sind die Rechte der Republiken Slowenien, Serbien, 10 Kroatien, Bosnien - Herzegowina, Makedonien, Montenegro und der autonomen Regionen Vojvodina und Kosovo noch einmal erweitert worden: Sie besitzen ein Vetorecht, d.h. in allen Gesetzesfragen ist Einstimmigkeit verlangt, ebenso bei allen Entscheidungen der Nationalbank; überdies stellen sie ihren eigenen Haushalt auf, können eigene Steuern und Zölle erlassen und Preisfestsetzungen treffen. Statt daß also der Nationalitätenstreit eliminiert worden wäre, haben 15 ihn die jugoslawischen Kommunisten in der ganzen Staatsverfassung verankert und ihm mit ihrer Regelung der Ökonomie neue Anlässe und Inhalte verschafft. Die Erwartung der Gründergeneration, daß mit wachsendem Reichtum auch die Entwicklungsunterschiede zwischen Republiken und Regionen ausgeglichen, alle Ansprüche bestens bedient und sich die Nationalitäten auf ein friedliches gesamtstaatliches Zusammenleben einstellen würden, hat sich 20 gründlich blamiert - gerade wegen der Form der Reichtumsproduktion, die sie ihrer Nation verordnet haben.

### ***Die Erfolge des “Modells” I***

25 Heute verfügt Jugoslawien über 19 Milliarden Dollar Schulden, der Schuldendienst beläuft sich auf 45% der Deviseneinnahmen, die Inflation hat 140% erreicht, und nach eigenen Auskünften wirtschaftet jedes vierte Arbeitskollektiv, 7000 “Grundorganisationen der Vereinigten Arbeit”, mit Verlust. Mit Kapitalismus hat das offensichtlich wenig zu tun, wenn einerseits periodisch solche Verlustrechnungen aufgemacht werden, andererseits die Betriebe genauso weiterproduzieren. Mit Kapitalismus hat das andererseits soviel zu tun, daß der Außenhandel mit den kapitalistischen 30 Staaten maßgeblich an diesem schönen Ergebnis beteiligt ist.

Die gefeierte Unabhängigkeit und Blockfreiheit Jugoslawiens hat nämlich auch nichts mit einer richtigen Kritik und einem daraus folgenden Beschluß zur Distanz gegenüber den imperialistischen Nationen zu tun gehabt. Es war nur der Versuch, zwischen beiden Blöcken zu 35 lavieren und per Handel mit beiden daraus Vorteile zu ziehen. Gerade wegen seiner geostrategischen Lage und politischen Linie hat der Westen Jugoslawien auch immer eine gewisse Vorzugsbehandlung angedeihen lassen: zum Schutz der jugoslawischen “Unabhängigkeit”. Der Beschluß der USA, Jugoslawien nicht als feindliches Land zu betrachten, wird jährlich erneuert und in regelmäßigen Treffen zwischen jugoslawischen Militärs und US-Verteidigungsministern bestätigt. Der ökonomische Niederschlag dieser Vorzugsbehandlung hat in entgegenkommenden 40 Kreditkonditionen bestanden, so daß Jugoslawien inzwischen einerseits vom IWF betreut wird, andererseits dringend auf Ostblocklieferungen von Rohstoffen auf der da üblichen Verrechnungsbasis angewiesen ist. Während die westlichen Handelspartner einerseits immer auf

eine Einschränkung des jugoslawischen Osthandels drängen - der gilt als "Entzug vom Weltmarkt" -, sind andererseits sowjetische Sonderzuteilungen von Öl, Gas, Kerosin usw. genehmigt. Das sieht auch der IWF ein, daß der Ostblock zur Verminderung von Stromabschaltungen und Benzinknappheiten in Jugoslawien einspringt. Während der RGW mit Naturalien  
5 aushilft, befindet der Westen in Gestalt seiner Aufsichtsagentur IWF über die generelle Zahlungs(un-)fähigkeit der jugoslawischen Ökonomie und darüber, was daraus im Inneren zu folgen hat - mit der unwidersprechlichen Zuständigkeit, die er sich mit seinen Krediten über den Selbstverwaltungssozialismus erworben hat.

### **Von "Kreditgeschenken"...**

10 Der Widerspruch der sozialistischen Gewinnrechnung, die der Selbstverwaltungssozialismus seinen Arbeitskollektiven aufgebürdet hat, wirkt sich schlicht so aus, daß für die Vielzahl der vorgesehenen Zahlungsverpflichtungen das Geld nicht langt. Und wirklich nicht wegen des im Westen (gegen allen Augenschein immer noch sehr) beliebten Märchens, daß sich die Arbeiter  
15 immerzu Spitzenlöhne genehmigt hätten. Einerseits ist die Hierarchie der Ansprüche Verhandlungssache, so daß die Entscheidung beispielsweise zwischen Abgaben für Straßenbau oder Gesundheitspolitik gefällt werden muß. Andererseits hat es schon immer Regelungen gegeben, in welcher Reihenfolge welche Forderungen verbindlich zu bedienen waren - zur Zeit stehen die Arbeitslöhne an vierter Stelle hinter Verpflichtungen gegenüber ausländischen und  
20 inländischen Geschäftspartnern und dem Staat, und es ist keine Seltenheit, daß sich die Arbeiter in ihrer Rolle als arbeiterselbstverwaltete Betriebe gar keine Löhne auszahlen (können).

Unter der Pflicht der Gewinnverteilung litten und leiden regelmäßig die Erfordernisse der Produktion, so daß Erweiterungen oder Neuinvestitionen nicht zu finanzieren waren, es sei denn mit Krediten, die sich mit Hilfe der lokalen Politzuständigen bei irgendeiner Stelle heraushandeln  
25 ließen. Es ist insofern kein Wunder, daß die jugoslawischen Betriebe sehr bereitwillig und großzügig zum Kredit als Aushilfsmittel gegriffen haben, sobald ihnen das im Inneren gestattet wurde und vor allem seitdem der Westen in den 70er Jahren die energische Erschließung des Ostblocks mit gesteigerten Kreditangeboten in Angriff genommen hat.

Die jugoslawische Verfassung hat die Funktion der Banken als "Finanzdienst der Vereinigten Arbeit" definiert; ganz in diesem Sinne sind zunehmend Bankgründungen durch die Unternehmen  
30 selbst und deren Gebietskörperschaften gesetzlich erlaubt worden, was den Beteiligten einige Freiheiten bei der Erledigung ihrer Zahlungsverpflichtungen mit Hilfe von "Geldschöpfung" gebracht hat. Die ausländischen Kreditangebote haben auch ihre Wirkung getan: Ebensowenig wie der jugoslawische Staat in seiner Liberalität eine Kontrolle des Außenhandels per  
35 Außenhandelsmonopol für nötig erachtet hat, wollte er seinen Selbstverwaltungsunternehmen in deren Kreditfähigkeit hineinreden. In den schwungvollen 70er Jahren besaßen die jugoslawischen Unternehmen nicht nur das Recht, im Ausland auf Kredit zu kaufen, sondern durften auch Finanzkredite aufnehmen und sie im Inneren weiterverkaufen. Gleichzeitig entdeckte auch die  
40 Nationalbank Auslandskredite als praktische Einrichtung, um die landeseigene Entwicklungspolitik zu finanzieren und den nationalen Geldmarkt zu bereichern. Folgerichtig erlebte Jugoslawien während der 70er Jahre einen Boom, der mit der Polen-Krise ein plötzliches Ende fand.

### **...zu "Sanierungsratschlägen"**

5 "Völlig ungerechterweise" dehnte die westliche Finanzwelt ihren in Polen nach den entsprechenden politischen Signalen entstandenen Verdacht auf das blockfreie, unabhängige Jugoslawien aus, zog Gelder zurück und zeigte sich wenig geneigt zu neuen Krediten. Seitdem steckt Jugoslawien in einer beständigen Zahlungskrise, und der IWF ist mit seinen sogenannten "stand-by"-Programmen gefordert.

10 Unter dieser Betreuung mußte die jugoslawische Regierung zunächst einmal das basisdemokratische Ideal über Bord werfen, daß ihre Banken im Grunde nicht-staatliche Institutionen seien und deshalb der Staat nicht unbedingt für deren Verbindlichkeiten einzustehen habe. Trotz heftiger Beschwerden über erpresserische Diktate blieb ihr aber nichts anderes übrig, als sich in Sachen Schuldenanerkennung und -bedienung zum "Etatismus" einer Nationalökonomie mit staatlichem Sachwalter durchzuringen. Auf der Grundlage eines "Devisengesetzes" soll seitdem die Zentralisierung der Deviseneinkünfte bei der Nationalbank garantiert werden, und  
15 mehrfach novellierte Bankgesetze schränken die Freiheiten selbstverwalteter Auslandskredite ein. Beides unter lebhaftem Streit der Republiken, die auf ihren autonomen Deviseneinkünften bzw. auf ihrem Recht auf Devisenzuteilung und Kreditaufnahme bestehen und das auch mehr oder weniger legal praktizieren. Seitdem gibt es "schwarze" Devisenfonds, einen "grauen" Devisenmarkt und ein Gesetz: "Der Dinar-Kurs ist einheitlich und real" (Art. 104, Devisengesetz),  
20 weil er weder noch ist. Darüberhinaus versuchte sich die jugoslawische Regierung in der Anwendung der goldenen Regel des IWF, wie man Zahlungsbilanzen in Ordnung bringt: Importbeschränkung und Exportsteigerung. Die Erfolge haben sich in der Wortschöpfung vom Export-Masochismus niedergeschlagen: Angeregt wurden z.B. Exportgeschäfte mit Verlusten oder solche mit "defizitären Produkten", die eigentlich einem Ausfuhrverbot unterliegen wie Strom, Öl und Getreide. Ein "Jahrhundertgeschäft" des jugoslawischen Autokonzerns Zastava, der 490000 Klein-PKW in die USA liefern wollte, war gleich so konzipiert, daß mit einem Preis von 3990 Dollar allenfalls die Kosten realisiert werden sollten. Die Firma konnte dann aber ihre  
25 Lieferzusage nicht einhalten: Wegen Devisenmangel fehlte es an ausländischen Grundmaterialien für die Produktion. Auf Grund der Importbeschränkungen blieben zahlreiche angefangene Projekte unfertig; gleichzeitig fehlen den meisten Betrieben Devisen, um ihre im Ausland gekauften Anlagen instandzuhalten, zu modernisieren oder zu erneuern. Kombiniert mit einem Mangel an Rohstoffen, Energie und Halbfabrikaten führt das dazu, daß der Auslastungsgrad der Anlagen kontinuierlich sinkt.

35 Zum Ausgleich dafür hat der IWF die marktwirtschaftlich vernünftige Freigabe der Preise durchgesetzt. Als sich die jugoslawische Regierung zunächst dagegen sträubte, ließen sich die USA eine Menschenrechtskampagne gegen Jugoslawien einfallen, das sich plötzlich viel mehr politische Gefangene als andere sozialistische Staaten hatte zuschulden kommen lassen. Seitdem experimentiert Jugoslawien mit so menschenrechtlichen Neuerungen wie Preistreiberei und Inflation. Beides wird noch extra gefördert durch die vom IWF angeordneten regelmäßigen Dinar-  
40 Abwertungen, die sich mehr auf diese Weise als in überwältigenden Exporterfolgen geltend machen. 1986 hat sich der IWF aus seiner "stand-by"-Verpflichtung zurückgezogen, laut "Financial Times" (17.6.86) "dankbar, die Aufsicht über diese Wirtschaft los zu sein". Seitdem

beschwert er sich periodisch darüber, daß seine weisen Ratschläge in Jugoslawien nicht befolgt bzw. daß einschlägige Beschlüsse der Regierung nicht ausgeführt werden. Ausgerechnet solche Hetzblätter wie die "FAZ", die sich üblicherweise bei der Befassung mit sozialistischen Staaten über deren "Totalitarismus" nicht einkriegen können, beklagen sich beim Thema Jugoslawien bitterlich, daß sie da überhaupt gar keine in ihrem Sinne durchgreifende Staatsgewalt zu entdecken vermögen. Nicht einmal einen "starken Mann", der einen ordentlichen Putsch durchführt, bringt dieses System zustande, so der Balkanexperte der "FAZ".

Im September hat Jugoslawien wieder einmal Zahlungsunfähigkeit angemeldet, verhandelt zum x-tenmal über Zahlungsaufschub und Umschuldung. Die Zuständigen übertreffen sich mit Bildern wie mit dem von einem "Bus, der die Straße hinunterrast, ohne daß jemand am Steuer sitzt" (Süddeutsche Zeitung, 28.9.). Sie stellen ein ums andere Mal fest, daß die Krise eigentlich gar nicht größer werden kann, daß sie aber auch nicht recht wissen, wie man sie beheben sollte, ohne sofort und umfassend den Bankrott ihres speziellen Sozialismus anzumelden. Denn das will ja schließlich auch niemand. Zumal sich überhaupt keine andere Partei darum reißt, in Jugoslawien die Regierungsgewalt zu übernehmen.

### ***Rentabilität aufjugoslawisch***

Bei der Besichtigung ihrer Ökonomie stellen die Verantwortlichen zu ihrem Leidwesen immer wieder fest, daß sie anstelle von zahlreichen unabhängigen selbstverwalteten Unternehmen, die im eigenen Interesse erfolgreiche Geschäfte inszenieren, eine Nationalökonomie mit ein paar allgemeinen Gesetzmäßigkeiten regieren, die sich zwar autonom und nicht-etatistisch, aber hauptsächlich negativ bemerkbar machen. Die "marktwirtschaftliche" Einsicht, daß man Verlustbetriebe schließen muß, gilt z.B. in Jugoslawien zwar als allgemein anerkannte Tatsache, läßt sich aber gar nicht so ohne weiteres realisieren:

"Noch ist das Verhalten gegenüber den Verlustbetrieben ungewiß. Auf dem Parteikongre wurde gefordert, daß man sie liquidiert. Aber ist so eine Forderung real, wenn man weiß, daß nach der vieljährigen Abrechnung in diesem Jahr in Jugoslawien jedes 4. Kollektiv (7000 Grundorganisationen) mit Verlust wirtschaftet? Was würde uns von der Wirtschaft übrig bleiben, wenn man sie alle auflösen würde? Ebenso teuer wie die Erhaltung der Verlustbetriebe ist ihre Liquidierung. Im einen wie im anderen Falle verschleudert man gesellschaftliches Eigentum." (Vjesnik, 9.7.86)

Die umgekehrte Rechaung läßt sich ebensogut aufmachen, daß es letztendlich billiger wäre, die Arbeiter fürs Nichtarbeiten zu bezahlen, statt der Verluste, die sie "realisieren".

"Etwas mehr als 100000 Beschäftigte arbeiten in den Organisationen, die diese 318 Milliarden Verluste ausgewiesen haben... Wenn wir allein diese amtlichen 318 Milliarden auf 520000 Beschäftigte aufteilen, ergibt sich... Mit anderen Worten: Sie haben so viele Verluste realisiert, daß es für die Gesellschaft wahrscheinlich lohnender wäre, wenn sie auf dem Postwege ihre Löhne erhielten, die Maschinen auf einer Versteigerung veräußert würden, der Strom ausgeschaltet, die Bilanz des Brennstoffverbrauchs reduziert würde..." (NIN, 13.4.86)

Diese interessante Erkenntnis, daß das schiere Arbeiten bloß Verluste produziert, läßt eben nur den Umstand weg, daß das jugoslawische System pro Arbeiterkopf seine sogenannte sekundäre Vertei-

lung berechnet, die betrieblichen Zahlungsverpflichtungen, die die jugoslawischen Betriebe weniger denn je aus ihrem Gewinn bestreiten können:

5 “Für die gesellschaftlich-politische Gemeinschaft bedeutet ein jeder neueingestellte Arbeiter eine neue Einheit von Budgetbeiträgen, unabhängig von dem geschäftlichen Erfolg der Organisation der assoziierten Arbeit.” (Ekonomika, 11/1985)

Daß letztlich die Anwendung von Arbeitern das Produzieren unrentabel macht, ist also auch nicht die ganze Wahrheit:

10 “Jede Gemeinde will lieber Fabriken mit Verlusten als gar keine Fabriken, weil sie trotz aller Verluste Beiträge und Steuern fürs Gemeindebudget zahlen. Erst müssen die Fabriken nämlich die Abgaben an die Gemeindekassen abführen, erst dann können die Löhne ausgezahlt werden. Reicht das Geld wegen der Betriebsverluste nicht, muß die Republik bzw. der Bund einspringen.” (Svet, 6.1.)

Bei den Schwierigkeiten mit dem Erlaß und der Exekution eines Gesetzes über die Schließung von unrentablen Betrieben, die auf westlicher Seite immer mit Empörung als Beweis für die  
15 “Unfähigkeit” und “Entschlußlosigkeit” der jugoslawischen Regierung zitiert werden, geht es also eigentlich gar nicht nur um die Schließung von Betrieben, sondern um die Schließung von Teilen Jugoslawiens. Das bringt natürlich Schwierigkeiten mit sich, die die jugoslawische Presse ganz vorurteilslos erörtert. Zwei ganze Republiken, Makedonien und Montenegro, und die autonome  
20 Region Kosovo sind nämlich ebenfalls bankrott mit 660 Milliarden Dinar und 700 Millionen Dollar Schulden, aber - wie sich eine serbische Tageszeitung beklagt -:

“Nach der Verfassung können bankrotte Republiken leider nicht liquidiert werden.”  
(Vecernje novosti, 15.12.86)

### **Kredit aufjugoslawisch**

25 Ebenso einmütig befürworten die jugoslawischen Zuständigen die ihnen vom IWF nahegelegte Weisheit, daß die Betriebe unbedingt durch eine Beschränkung ihrer Kreditfreiheiten, durch eine Einschränkung der sogenannten “grauen Emission” zu marktwirtschaftlicher Vernunft gezwungen werden müßten.

30 Auch das ist allerdings nicht so ohne weiteres in die Praxis umzusetzen. Ein westlicher Experte redet höflich von einem “Mechanismus der Schaffung von Geldsubstituten”.

35 “Viele Unternehmen versuchen, Bankkredite durch Handelskredite zu ersetzen, indem sie die Zahlung noch bestehender Verbindlichkeiten hinauszögern. Die unfreiwilligen Kreditgeber verzögern dann ihrerseits die Rückzahlung ihrer Schulden...” (Thomas Eger: Ökonomische Anreizstrukturen und Wirtschaftskrise in Jugoslawien, Osteuropa-Wirtschaft, 3/87, S. 221),

Das heißt eben nur, daß sich die jugoslawischen Unternehmen ein Stück weit von ihren Zahlungsverpflichtungen unabhängig gemacht haben, indem sie sich zwar beliefern, aber nicht bezahlen. Das kann auch in Gestalt von Zetteln stattfinden, die dann zirkulieren. Da wundert sich dann die Nationalbank darüber, daß die “Geldschöpfung” der Unternehmen ebenso hoch ist wie  
40 ihre eigene (Vjesnik, 10.10.).



Der Selbstverwaltungssozialismus hat es zu einer sehr eigentümlichen Sorte Kredit und fiktiver Akkumulation gebracht: Die Behebung und Verallgemeinerung von Zahlungsunfähigkeit leistet sein Kredit schon. Seine Kündigung ist allerdings zu keiner Zeit vorgesehen. Wenn da einmal auf echter Zahlung bestanden wird, schafft das erst recht lauter "defizitäre" Betriebe. Der Agrokomerc-"Skandal" ist nur einer unter vielen und nur deshalb zum Skandal geworden, weil eine slowenische Bank darauf bestanden hat, daß die bosnische Hausbank von Agrokomerc die von ihr ausgegebenen Wechsel einlöst, was von bosnischen Zeitungen wahrscheinlich nicht ganz zu Unrecht als feindseliger slowenisch-nationalistischer Akt gewertet wird. Jedenfalls hat sich dabei herausgestellt, daß Agrokomerc Wechsel in Höhe von 1,5 Milliarden DM in Umlauf gebracht hatte, die die zuständige Bank nicht einlösen kann. Der Beschluß, die Bank zu liquidieren, ist auf die Schwierigkeit gestoßen,

"genau festzustellen, wie hoch der Fonds der Grundmittel ist. Es fehlen Beschlüsse, aus denen ersichtlich wäre, mit welchem Teil die Gründer (die Arbeitsorganisationen = Betriebe der Gegend) an jenem Fonds beteiligt sind." (Vjesnik, 1.10.)

Es ist also kaum festzustellen, wer und vor allem wie er für welche Summen haftbar zu machen ist; überdies ist "eigentlich" die höhergeordnete Staatsbank der Republik Bosnien und Herzegowina "verantwortlich", die der Agrokomerc-Bank "grünes Licht" gegeben hatte (Vjesnik, 13.9.). Und schließlich ist mit dem Skandal so ziemlich die ganze Region lahmgelegt: Es gibt kaum mehr etwas zu kaufen, die Läden gehörten Agrokomerc, das jetzt nicht mehr beliefert wird; es gibt kein Benzin, weil Jugopetrol ebenfalls zu den Gläubigern von Agrokomerc gehört. Durch die Blockierung der Banken verzögert sich die Auszahlung der Löhne an die Arbeiter sämtlicher Betriebe. Post und Elektrizitätswerke drohen mit der Einstellung ihrer Leistungen, und Millionen von Hähnchen auf den Hühnerfarmen von Agrokomerc krepieren, was den "Vjesnik" zu verwunderten Betrachtungen über das komplizierte Verhältnis von Gebrauchswert und Tauschwert inspiriert:

"Logischerweise sollte man sich also fragen: Gibt es denn nirgendwo in Jugoslawien Futter für dieses Geflügel und die Karnickel: Sicher, das gibt es, natürlich gibt es das. Aber es gibt nur niemand, der es der zugrundegehenden Firma aus Velika Kladusa geben würde." (13.10.)

Ein jugoslawischer Ökonom wundert sich über den "unsachgemäßen" Umgang mit dem guten Wechselrecht:

5 “Für uns ist besonders interessant das Gesetz über die Sicherung der Zahlungen zwischen Benutzern gesellschaftlichen Eigentums, das bei uns in der Praxis zu Schuldner-Gläubiger-Verhältnissen zwischen den Organisationen der Vereinten Arbeit geführt hat, dem sogenannten ‚Jugo-Wechsel‘, das ist ein eigentrassierter Wechsel, was eine Kuriosität in der Theorie des Wechselrechts darstellt und unser jugoslawisches Experiment... Es wäre normal, wenn die Sorge um die Bezahlung des Wechsels in der Sphäre der Gläubiger bleiben würde. Die Grundlage des Wechselrechts liegt darin, daß der Gläubiger zum Schuldner kommt wegen der Bezahlung der Schulden. Möglich, daß jemand, der die Wechsel unterschrieb, glaubte, daß die Mittel dafür schon irgendwoher kommen würden. Die Agrokomerc-Wechsel wurden schon seit 1985 ausgegeben und wurden bis zu diesem Jahr immer bezahlt, aber das heißt, daß irgendwo ein Kanal bestand, aus dem Mittel zu ihrer Deckung kamen oder man hat sie mit neuen Wechseln gedeckt... Das Hauptproblem bei uns ist, daß die Spezifika des Wechselrechts unbekannt sind. Wir kennen uns nicht aus in den Grundlagen des Wechselgeschäfts. 30 Jahre haben wir behauptet, daß der Wechsel ein Instrument der bürgerlichen Ökonomie ist, das für unser System nicht in Frage kommt...” (Vjesnik, 27.9.)

20 Sich über die weitverbreiteten “unsoliden” Finanzverhältnisse zu beschweren, ist in Jugoslawien leicht zu haben. Sie solide zu machen, ist schon etwas schwieriger: Da stehen die Verantwortlichen nämlich wie im Fall Agrokomerc vor der Alternative, gleich eine ganze Region stillzulegen. Und nachdem die Nationalbank ermittelt hat, daß von 168 Grundbanken, hinter denen als Eigentümer wieder die Betriebe stehen, 80 häufig illiquide sind, beschränkt sich das Problem nicht auf diesen Einzelfall. Da empfiehlt es sich, Schwindelgeschäfte, solange sie gutgehen, zu ignorieren oder, statt die allseits geforderte Rigidität in Sachen Insolvenz zu praktizieren, mit Zuschüssen einzuspringen. Das fördert dann wieder die allgemeine Klage über die “Sozialisierung der Verluste” und die besorgte Selbstanklage, wie lange das noch gutgehen kann...

### ***Inflation auf jugoslawisch***

30 Unbestrittene Einigkeit herrscht schließlich auch darin, daß die Inflation gebremst werden muß. Die Frage ist nur, wie und wo. Die jugoslawische Regierung hält sich abwechselnd an Löhne und Preise, mit den jeweiligen Folgen. Im Februar dieses Jahres hat sie einen Lohnstop dekretiert und Lohnerhöhungen an die Bedingung von Produktivitätssteigerungen gebunden:

35 “Der Präsident Branko Miculic erkennt an, daß die persönlichen Erträge niedrig sind, aber weist zugleich darauf hin, daß die Produktivität der Beschäftigten noch niedriger ist und unter dem liegt, was sie an Einkommen bekommen.” (Vjesnik, 28.2.)

Nach der das ganze Frühjahr hindurch andauernden Streikwelle ist das Dekret wieder zurückgezogen worden. Auch Betriebsdirektoren erklärten:

40 “Mit solch niedrigen Löhnen, wie sie das neue Gesetz vorsieht, können die Arbeiter nicht leben.” (Vjesnik, 11.3.),

oder erlaubten sich den Hinweis darauf, daß Lohn und Arbeitsproduktivität nicht so elegant zusammenhängen, wie es der Präsident dargestellt hatte:

“Die Arbeiter haben überhaupt keine reelle Chance, ihre Einkommen zu erhöhen, weil die Ausstattung ihrer Betriebe veraltet ist und von den versprochenen Krediten zur Erneuerung nicht mal ein Buchstabe zu sehen ist.” (Vjesnik, 12.3.).

5 Seit ,84 hat sich die Regierung unter Einfluß des IWF grundsätzlich “die Einsicht” zugelegt, “daß man Preise nicht per Gesetz halten kann” (Vjesnik, 3.12.84); bei Grundnahrungsmitteln und -rohstoffen versucht sie es immer wieder einmal mit dem Resultat, daß dennoch höhere Preise verlangt werden, daß die Produkte vom Markt verschwinden - Brot zu festen Preisen gegenüber anderen Brotarten - oder daß die betreffenden Firmen vor Gericht gehen. Zur Zeit klagen Dünger-, Zucker- und Ölproduzenten gegen die Bundesregierung, die mit ihrer Preisfestsetzung die Firmen zum Verlustemachen zwingen würde. Die Preise seien nicht ausreichend, um auch nur die Grundstoffe wieder einzukaufen.

15 Daher sind jetzt wieder einige Preise heftig erhöht worden, damit man sie dann um so besser “einfrieren” kann, bis das wieder aufgehoben werden muß..., je nachdem, ob der Preis als Beschränkung des Käufers oder als Mittel des Verkäufers gewürdigt wird. Der jugoslawische Nationalhumor übt sich unverdrossen an Späßen der Art, daß sich der Arbeiter Preise genehmigt, die er sich dann als Konsument aus der Tasche zieht, so daß er sich dann wieder höhere Löhne genehmigen muß, die dann... Und das ist offenbar deshalb so spaßig, weil der Gedanke, mit der Preisform den Gegensatz abzuschaffen, völlig unbekannt ist.

### ***Armut auf jugoslawisch***

20 Mit den Bekenntnissen zu “mehr Marktwirtschaft” - wobei aber nach dem Herbeten der einschlägigen Ideale niemand recht zu sagen vermag, was daraus praktisch folgen soll - geht also im Prinzip alles so weiter: Die Betriebe erwirtschaften Verluste oder fiktive Gewinne, die Inflation erreicht Ausmaße, daß aus Gründen der Transportierbarkeit neue Geldscheine gedruckt werden müssen, und die äußere Zahlungsunfähigkeit bleibt. Wenn der Staat meint, wegen dieses Problems doch etwas ändern zu müssen, und zwar zugunsten jugoslawischer Zahlungsfähigkeit und gegen die innere Mißwirtschaft, die er selbst gestiftet hat - dann sind auch auf dem Balkan soziale Härten ein einziger Sachzwang: geschlossene Betriebe, Arbeitslose, Unterversorgung und ein Lohn, der nach hoch-offiziellen Angaben seit 1979 real um die Hälfte gesunken ist.

30 Dabei gehört es zu den speziellen jugoslawischen Errungenschaften, daß all das offen und ehrlich und dämlich diskutiert wird. Statistiker rechnen aus, daß ein Arbeiter von seinem Durchschnittseinkommen seine Familie nicht einmal sattmachen kann; Städte registrieren, daß höchstens ein Viertel der Mieter Mieten zahlt. Die Gewerkschaft organisiert für die Belegschaften bei Gelegenheit Sonderrationen von Paprika und Zwiebeln. Und im Falle Agrokomerc rätselt die Presse interessiert daran herum, wie die Betroffenen ohne Lohn eigentlich überhaupt leben können - was auf der anderen Seite überhaupt kein großes Geheimnis ist: Unter den Errungenschaften des Selbstverwaltungssozialismus haben sich große Teile der Landwirtschaft zu einer Subsistenzwirtschaft entwickelt, mit der mehr schlecht als recht auch die Verwandten in der Stadt durchgefüttert werden, die dann allerdings zur Erntezeit scharenweise ihren Arbeitsplatz verlassen müssen.

40

Alles wird höchst demokratisch und vorurteilslos ausgebreitet - und niemand ist dazu in der Lage, einen Schluß auf die politische Ökonomie Jugoslawiens zu ziehen. Statt dessen kommt regelmäßig die Analyse, daß dann doch ein hinterrücks eingerissener Etatismus die wahre Arbeiterselbstverwaltung verhindert hätte. Und auch den Arbeitern selbst will die erlogene Identität ihrer Interessen mit dem politischen System, dessen Opfer sie sind, nicht auffallen: Sie stehen deklamatorisch immerzu im Mittelpunkt, treffen auch mit ihren Streiks gar nicht auf Widerstand, was ihnen aber gar nichts nützt, weil sie selber nicht wissen, gegen was sie eigentlich zu streiken hätten.

So arbeitet sich der gesamte jugoslawische Sozialismus zielstrebig auf die "Erkenntnis" zu, daß "Wirtschaft" und "Arbeiterinteressen" nie und nimmer zusammenpassen. Bei all ihrer sonstigen wirtschaftsreformerischen Ratlosigkeit sind sich die Bundes- und Republikregierungen darin einig, daß die Betriebe zu sehr "gemolken" werden, daß man wegen deren Funktionsfähigkeit den Gewinn von seinen sozialen Verpflichtungen entlasten muß. Die Bundesregierung hat sämtliche nicht-produktiven Investitionen verboten und plant ein Betriebsgesetz, das die Betriebe von ihren lokalen Sozialpflichtigkeiten befreien soll. Und wenn es um die gesamt-nationale Entwicklungshilfe geht, sind auch Arbeiter für "Sparmaßnahmen" zu haben, wie die Belegschaft einer Belgrader Maschinenfabrik, die gegen die Zahlung in den "Fonds für die Unterentwickelten" in Streik getreten ist. Ob solche "Entlastungen" den Gewinnen außerordentlich nützen, ist noch sehr die Frage, weil für deren Vermehrung ja auch noch eine sachliche Grundlage gegeben sein muß. Sicher ist damit aber, daß ein paar Abteilungen Sozialstaat auf jugoslawisch gekündigt werden und einige Regionen sich endgültig mit ihrem Status als "unterentwickelte" abzufinden haben.

### ***Die Erfolge des "Modells" II***

Nachdem der jugoslawische Sozialismus sein Volk weder mit brauchbaren sozialen Errungenschaften noch mit einer besonders sozialistischen Verstandesbildung versorgt hat, ist es auch kein Wunder, daß das Volk seinem balkanischen Nationalcharakter nachgeht und sich mit Bestechung, Schwarzarbeit, Tourismus-Devisenschwindeleien, Auswandern und einer Kuh im Garten durchschlägt. Bei Laune hält es sich, indem es sich seinen eigenen Nationalcharakter genüßlich als eine Mischung von Schlitzohrigkeit und Unfähigkeit zu Gemüte führt und sich ansonsten ganz dem herkömmlichen Nationalstolz "Nationalitätenstreit" widmet. Im Kosovo mit den guten alten Sitten wie Frauen vergewaltigen, Brunnen vergiften, Häuser anzünden, Kühe blenden und Gräber schänden - um die serbische Minderheit zu vertreiben, die mit denselben Argumenten aufwartet; im katholischen Teil der Herzegowina mit der Jungfrau Maria, die seit 1981 täglich 6 Jugendlichen erscheint und denen Botschaften gegen den gottlosen Kommunismus, Islam und großserbischen Chauvinismus mitgibt; woanders wieder als Sprachenstreit oder als Angriff auf Titos gesamtjugoslawischen Partisanenmythos: Da sollen dann entweder die profaschistischen Kroaten oder die serbischen königstreuen Antifaschisten die viel besseren Kämpfer gewesen sein... Gelegenheiten, solche wesentlichen Fragen praktisch auszudiskutieren, bieten vor allem Fußballspiele, die die jugendlichen Fan-Mannschaften als entsprechende nationale Herausforderung begreifen.

Westliche Beobachter werfen bei diesem Thema immer gerne die Frage der Armee auf, mehr demokratisch-geheuchelt als selbst-fabriziertes Gerücht, daß ein Staatsstreich in der Luft liegen und man sich große Sorgen um die jugoslawische Demokratie machen soll, oder mehr mit dem Bedürfnis, daß nun doch wirklich mal jemand für Ordnung sorgen sollte. Die jugoslawische Armee pflegt selbst von sich das Bewußtsein, als "Hüterin der Einheit" zu fungieren. Das führt zu so kuriosen Auftritten, daß ohne Militärs über die unveräußerlichen Rechte der jugoslawischen Arbeiter predigen. Weil nämlich die Geschichte lehrt:

"Wann immer wir in der Geschichte Schlachten verloren, fehlte es uns an Einheit..."

Die Einheit hinwiederum garantiert nur die gesamt-nationale Selbstverwaltungs-ideologie, weshalb

"auf Titos Anregung hin im Jahre 1975 für alle Soldaten das Schulfach 'Sozialistische Selbstverwaltung' eingeführt wurde, damit die Jugendlichen nach ihrer Entlassung aus der Armee leichter und tatkräftiger als bewußte Selbstverwalter auftreten.

Jede Identifizierung mit Werten aus der historischen Vergangenheit ausschließlich der eigenen Nation... führt unausweichlich in die Isolation und Selbstzufriedenheit; von daher aber ist es nicht weit bis zum Nationalismus und Chauvinismus, unser aller berüchtigtes Gift und unser Erzfeind. Dabei wird kein vernünftiger und wohlmeinender Mensch die dialektische Einheit des Klassenmäßigen und Nationalen im neuen Jugoslawien in Frage stellen noch das Konzept der Selbstverwaltung bestreiten..." (Kommunist, 7.6.85)

Praktisch hat die jugoslawische Armee trotz ihrer einheitsstiftenden Lektionen in "Selbstverwaltung" die Nationalitätenfrage in ihren eigenen Reihen zu bewältigen, achtet auf einen gerechten nationalen Proporz und darauf, in einzelnen Landesteilen nicht gerade die dort unbeliebteste andere Nationalität zu stationieren. Nebenbei kämpft sie heftig an der ideologischen Front gegen

"Nationalisten aller Schattierungen, die den Schwerpunkt ihrer Propagandamaschinerie auf die Erbringung des Beweises richten, die Armee sei eine übernationale, unitaristisch-zentralistische, bürokratisch-dogmatische Schöpfung, die kein Gespür für nationale Wesenszüge und zwischennationale Beziehungen habe." (Kommunist, 7.3.86)

Als eifrigster Anhänger der Arbeiterselbstverwaltung kann natürlich auch die Armee an der schwierigen Wirtschaftslage nicht vorbeisehen. Sie ist eine der seltenen Armeen auf der Welt, die an sich selbst spart und deshalb die Dienstzeit verkürzt hat. Andererseits kann sich natürlich keine ordentliche Armee ernstlich an Fragen der Wirtschaftlichkeit messen lassen, was die jugoslawische Armee ausgerechnet mit dem Hinweis auf ihre Bedeutung als Wirtschaftsfaktor ablehnt:

"Hier aber noch eine Charakteristik über die Ausgaben der Streitkräfte: Diese Mittel fließen in die Wirtschaft zurück, denn 80 Prozent der Waffen und Ausrüstung produzieren wir im Lande selbst. Die Beschäftigung für unseren eigenen Bedarf und für den Export wurden zu einem Bestandteil unseres Wirtschaftssystems; sie sind dem Umfang und ihrer Wirkung nach sehr imponierend." (Immerhin eine angenehme unideologische Betrachtungsweise des Waffenexports.) "Unsere Wirtschaftswissenschaft müßte die Bedeutung des militärisch-industriellen Komplex für die Wirtschaft unseres Landes deutlicher erklären." (Verteidigungsminister Mamula, Kommunist, 4.10.85)

Schließlich ist gerade die nationale Waffenproduktion auch noch ein hervorragendes Beispiel für die Lebensfähigkeit der Ideale der Selbstverwaltung:

5 “Eines von ihnen ist auch die Produktion von Waffen, die man bei dem diesjährigen Siegesjubiläum eindrucksvoll kennenlernen konnte, wodurch nicht nur die gesamte jugoslawische Wissenschaft und Entwicklung, sondern insbesondere auch die sich selbstverwaltende landesweite Koppelung von Arbeitskollektiven, die keine Grenzen und Begrenzungen kennt, zum Ausdruck kam; dies ist das beste Beispiel für die ökonomische Einheit auf dem einheitlichen jugoslawischen Markt zum Zweck der Befriedigung von Bedürfnissen einer einheitlichen Verteidigung.” (Kommunist, 7.6.1985)

10 Beruhigend, daß wenigstens die Waffenproduktion noch einheitsjugoslawisch und arbeiterselbstverwaltet klappt. Sonst ist nämlich nichts übrig geblieben von der “Modell”-Angeberei, worauf der BKJ mit Stolz verweisen könnte. Aber das ist wirklich nur die logische Konsequenz seiner Politik. “Dritte Wege” können nämlich nur dann gehen, wenn man weiß wie die anderen beschaffen sind. Genausowenig wie die jugoslawischen Kommunisten einen Begriff  
15 vom Kapitalismus gehabt haben, den sie nicht veranstalten wollten, genausowenig nützen ihnen jetzt, wo sie sich ganz unterwürfig und lernbereit geben, dessen Rezepte als Korrektur ihres Systems. Genausowenig wie sie andererseits *wegen* der Arbeiter auf ihre Selbstverwaltungstour gekommen sind, fällt ihnen jetzt ein, daß wegen der Arbeiter offensichtlich andere ökonomische  
20 Einsichten und Maßnahmen angebracht wären. Eine vernünftige Kritik an dem Ostblockkommunismus, den sie nicht praktizieren wollten, haben sie ja auch nicht gekonnt. Aber ein Staat wollen sie partout sein.

25